

Die „Arbeits“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus von den zahlreich in Genf versammelten Verlegerfirmen übernommen und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Holzung nehmen sämtliche Volkshäuser Bestellungen entgegen. Unter Beifügung von 50 Pfennigen, das Eisen- und Membranband sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Kurland M. 12.—, für das übrige Ausland M. 10.—

Die neuangestellte Nonpareil-Zeile oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Inzeratentaxen. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Inzeratentaxen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIFER

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Sorge um Oberschlesien

Schwierige Arbeit in Genf

Der Völkerbundsrat hält sich über seine Verhandlungen noch immer in Schweigen, und gegenüber den Meldungen, die von den zahlreich in Genf versammelten Verlegerfirmen übernommen und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Holzung nehmen sämtliche Volkshäuser Bestellungen entgegen. Unter Beifügung von 50 Pfennigen, das Eisen- und Membranband sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Kurland M. 12.—, für das übrige Ausland M. 10.—

Mit dieser Situation beschäftigt sich eine Rede, die der Reichszugler Dr. Wirth in Offenburg gehalten hat. Er führte aus, daß wir zeigen müßten, wie ernst es uns um den Wiederaufbau sei, weil wir nur dadurch das Vertrauen der Welt wieder erwerben könnten. Nicht nur wir, sondern auch die Länder, die zu den Siegern zählen, hätten mit den größten wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen. Deutschland habe alles getan, was zu erfüllen war, jetzt müßten auch die Alliierten für die Aufhebung der militärischen Sanktionen Sorge tragen. Ueber die oberschlesische Frage führte dann der Reichszugler aus:

Jah bin sehr besorgt um das Schicksal dieses Landes. Ich weiß nicht, ob ein Sinnungswechsel bei den Alliierten eingetreten ist oder ob man etwa Lust verspürt, ein neues Land im Osten zu konstruieren, aber das in Deutschland noch nach Jahrzehnten getrauert werden würde. Heute noch wäre eine Verständigung mit dem polnischen Volk möglich. In Warschau hat jedoch die Vergrößerungswut die Geister verblendet, und das polnische Volk geht dazu über, sich mit dem deutschen Volk zu vereinden, nachdem es sich die Rufen zu Todfeinden gemacht hat und obwohl in Litauen und Galizien der Kampf noch nicht abgeschlossen ist. Soll zwischen das deutsche Volk und das polnische Volk ein vordringender politischer Reiz gelegt werden? Der Gedanke an eine solche Konstruktion sollte die Politiker aller Länder abhalten, den Schritt zu tun, dem deutschen Volk deutsches Land, das jahrhundertlang zu uns gehört hat, durch ein Diktat zu rauben. Das deutsche Volk weiß nichts Amiliches über die Stimmung im Völkerbundsrat, aber enttäusche man Deutschland nicht! Gerade nicht um des demokratischen Prinzips in Europa willen. Das deutsche Volk, das guten Willens ist, ein Reich der Freiheit und Gerechtigkeit, ein Reich des Friedens mit allen Völkern mit eigener Hand unter größten Opfern aufzubauen, darf nicht enttäuscht werden. Eine Enttäuschung wäre schmerzhaft nicht nur für die Führung der Politik und ihre großen Ziele der Völkerverständigung und Völkervernähung, nicht allein um der deutschen Regierung, um des Schicksals Europas willen.

Der Reichszugler warnte dann davor, das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten. Nur die Zusammenziehung aller Kräfte, auch des Besitzes, könne uns wieder aufwärts führen. Dr. Wirth streifte auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Banken. Er sei durchaus damit einverstanden, daß jene Kreise, die dem deutschen Volk helfen wollten, auch mit die Verantwortung tragen an der Führung der Regierungsgeschäfte. Aber täuschen dürfe man das deutsche Volk nicht. Das Angebot müsse Wirklichkeit werden. Die wirkliche Welt redet eine ganz andere Sprache, als sie der Reichszugler zu hören wünscht. Die Trennung des deutschen Volkes in zwei Lager braucht nicht erst herbeigeführt werden, sondern sie ist schon da. Besitz und Arbeit stehen sich als zwei undersöhnliche Gegner gegenüber und hier hilft kein Appell an moralische Gefühle, an patriotische Tugenden und ähnliche Dinge, sondern es muß hart zugegriffen werden. Das Unglück des deutschen Volkes ist das Glück der kapitalistischen Kreise; je schlechter der Stand der deutschen Volk wird, je mehr die Preise für alle Lebensbedürfnisse in die Höhe gehen, desto größer werden die Profite der Kapitalisten. Deshalb muß der Kampf gegen den Egoismus der besitzenden Klassen aufgenommen, sie müssen gezwungen werden, nach dem vollen Ausmaß ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Reiches beizutragen. Wollte man auf ihren guten Willen vertrauen, und ihnen dafür noch politische Belohnungen in Aussicht stellen, so würde das deutsche Volk erst recht der Verelendung überliefert werden.

Gegen ein neues Esch-Lofthinger

Das englische Parlamentarismitglied Kennworthy schreibt in einem Briefe an die Times, das oberschlesische Problem sei heute ebenso wichtig, wie jedes andere Problem, denn von einer richtigen Lösung der oberschlesischen Frage hänge die wirtschaftliche Lage

Europas ab und damit verknüpfe sich die Hoffnung auf ein Wiederaufleben des englischen Handels. Ein neues Esch-Lofthinger könnte hier mit ähnlichen Ergebnissen geschaffen werden. Es gehe das Gerücht, daß Oberschlesien jetzt doch geteilt werden und daß eine politische und eine wirtschaftliche Grenzlinie gezogen werden solle. Nichts sei weniger durchführbar. Jede Teilung Oberschlesiens würde ein wirtschaftliches Verbrechen sein, nicht nur gegen die Provinz selbst und gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen und das übrige Mitteleuropa. Das mindeste, was der Völkerbund tun könne, sei die Bewohner Oberschlesiens erst zu befragen. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei gegen eine Teilung, sie wisse, daß sie den Ruin bedeuten würde. Die ursprüngliche Abstimmung in Oberschlesien sei vorgenommen worden unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung darüber abstimmen solle, ob die gesamte Provinz an Deutschland oder an Polen fallen solle. Die ganze Welt wisse, daß, wenn die Abstimmung eine polnische Mehrheit ergeben hätte, die gesamte Provinz an Polen gegeben worden wäre. Nicht fünf vom Hundert der oberschlesischen Bevölkerung würden für eine Teilung gestimmt haben. Bevor man daher Oberschlesien teile, müsse eine neue Abstimmung über die Frage der Teilung stattfinden. Kennworthy schließt sein Schreiben mit den Worten: Die Welt braucht Frieden und Produktion, aber sie braucht auch noch mehr, nämlich einen wirklichen Völkerbund. Wenn man dem Völkerbund gestatte, in der oberschlesischen Frage einen Karren aus sich zu machen, dann würde er ebenso in Mißkredit kommen, wie der Oberste Rat.

Eine versöhnliche Rede

Briand über die deutschen Zahlungsverpflichtungen

Der französische Ministerpräsident hat zur Einleitung der parlamentarischen Session eine Rede gehalten, die eigentlich sein Regierungsprogramm enthalten soll, in Wirklichkeit aber gerade die schwierigsten Probleme entweder gar nicht oder nur in all-gemeinen Redewendungen behandelt. Er führte aus, daß seine Aufgabe bisher darin bestanden habe, den Frieden für Frankreich sicherzustellen, und daher habe es auch Konzessionen machen müssen. Bei der Ausführung des Friedensvertrages sei er gezwungen gewesen, im vollen Einverständnis mit den Alliierten zu handeln. Man solle an seinen Handlungen nicht nur Kritik üben, sondern auch die Befehle von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, mit der der schlechte Wille des deutschen Militarismus befelegt worden sei, auf das Attentat blicken. Seitdem habe Deutschland gewissenhafter als in der Vergangenheit seine Verpflichtungen erfüllt. Frankreich werde nach Washington gehen, aber es müsse gerüstet bleiben, solange seine Sicherheit nicht gewährleistet sei. Die französische Regierung habe Vertrauen zu der gegenwärtigen deutschen Regierung.

Zu den wirtschaftlichen Fragen, die der Friedensvertrag aufgeworfen habe, bemerkte Briand, die Forderung an Deutschland habe, nachdem sie einmal festgestellt worden sei, einer Zahlung entsprochen, die alle Voraussetzungen übersteige. Die Zahlungsverpflichtung Deutschlands betrug 123 Milliarden Goldmark. Sie habe zur Zeit der Festsetzung einer Summe von 250 Milliarden Papiermark entprochen. Vor einem Monat sei sie auf 2000 Milliarden sich die Zahlungsmöglichkeiten. Wie könne man das sagen, daß Frankreichs Forderung verstümmelt wurde! Die Wahrheit sei, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker von einander die Notwendigkeit ergebe, die Schwankungen des Wechselkurses zu ertragen. Die Völker, deren Wechselkurs am höchsten sei, landen in ihrem Reichtum selbst die Ursache der Verarmung, während Deutschland — das sei zwar paradox, weil es befelegt worden sei — gerade in dem schlechten Stand seiner Mark die Bedingung finde, die seine wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt begünstige. Angesichts einer solchen Lage müßten die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt das Bedürfnis fühlen, solidarisch zu sein im Interesse aller Länder, da die Lage niemals das völlige Gleichgewicht wieder erlangen könnte, wenn die Weltsolidarität nicht hilfreiche Hand biete.

Man wird sich erinnern, daß der englische Premierminister vor kurzem das gleiche Thema behandelt und ebenfalls zum Ausdruck gebracht hat, daß nur die Solidarität aller Völker die Weltwirtschaftskrise überwinden könne. Es ist immerhin schon ein Fortschritt, wenn die führenden Politiker der Entente ihre Politik nicht lediglich mehr auf die Gewalt ausbauen wollen. Vorläufig aber haben sie aus der Feststellung der wirtschaftlichen Tatsachen noch nicht die entscheidenden Schlussfolgerungen gezogen. An der Arbeiterklasse der ganzen Welt liegt es nun, die Regierungen zu zwingen, nicht nur versöhnliche Reden zu halten, sondern ihnen auch entsprechende Taten folgen zu lassen. Das Proletariat weiß ganz genau, daß es die Rettung aus seinem jetzigen Elend nicht von dem guten Willen der Großindustriellen und der großen Finanzleute erwarten darf, sondern daß es seine eigene Kraft einlegen muß, wenn es sein Ziel, die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen und damit die wirkliche Herstellung des Völkerfriedens, erreichen will.

Das Ende der schwedischen Hilfstätigkeit. Der letzte Rücktransport von deutschen und österreichischen Kriegsfindern, etwa 500 an Zahl, ist von Stockholm abgegangen.

Gemeinde und Staat

Von Alfred Sente, Bremen

So falsch das Wort von der „einen reaktionären Masse“ aller Gegner des Sozialismus ist, weil es die Gegensätze zwischen ihnen verdeckt und die Arbeiter hindern kann, diese Gegensätze für sich auszunutzen, so sehr suchen es doch die bürgerlichen Parteien und Interessengruppen gegenwärtig wahrzumachen. Es genügt, zum Beweise dafür auf die Freistaaten Sachsen und Braunschweig hinzuweisen, wo das Bürgertum in geschlossener Gegnerschaft zu den reinsozialistischen Regierungen steht. In Sachsen haben sämtliche bürgerlichen Parteien vor einigen Tagen Sturm gegen die Regierung gelaufen, weil sie begonnen hat, an Stelle von unzuverlässigen Beamten zuverlässige in wichtige Verwaltungsämter einzusetzen.

Die Bureaucratie war eine der sichersten Stütze- steiner von Gemeinde, Staat und Reich zur Zeit der Monarchie und des Militarismus. Sie ist heute eines der zähesten Hemmnisse auf dem Wege zur weitgehenden demokratischen Selbstverwaltung. Einem möglichst großen Einfluß auf die Verwaltung in Gemeinde und Staat zu erlangen, ist eines der Ziele unserer Politik.

Leider haben die Arbeiter die große Bedeutung dieses Zielcs und den Umfang ihrer Macht, es zu erweitern, noch immer nicht erkannt. Sie können und müssen von ihren Gegnern lernen, wenn sie sehen, wie diese — wie kürzlich im Sächsischen Landtage — ihre bisherigen Machtpositionen mit Rägeln und Zähnen verteidigen. Mit den gleichen Hartnäckigkeit und Klarheit des Willens, mit der die Bourgeoisie die in langen Jahrzehnten unerschütterten Befestigungen ihrer politischen Macht verteidigt, muß das Proletariat befreit sein, sie zu erobern. Wahlen, wie die am 16. Oktober, sind eines der Mittel dazu.

Mehr noch wie in den einzelnen Staaten tritt in den Gemeinden vielfach das Bürgertum in Einheitsfront den sozialistischen Arbeitern gegenüber. Mit welchen Erfolgen, zeigt der für die Arbeiter ungünstige Ausfall der Stadtverordnetenwahlen in Gotha und Stendal. Wo die Arbeiter sich aber ihrer Aufgabe gewachsen zeigten, da siegten sie trotz ihrer Spaltung glänzend über die bürgerlichen Gegner: Siehe Freital in Sachsen, wo vor wenigen Tagen die Bürgerlichen 10, die sozialistischen Stadtverordneten aber 26 Stadtverordnetensitze errangen. Arbeiter Berlins, Freital sei am 16. Oktober euer Vorbild!

Neben Paris, London, Wien und New York ist Berlin eine der Riesengemeinden auf der Erde. Mit seinen vier Millionen Einwohnern hat es weit schwierigere und großartigere Verwaltungsaufgaben zu erfüllen, als zahlreichere kleine Staaten. Auf die Berliner Gemeindevverwaltung einen unerschütterlichen und überragenden Einfluß zu gewinnen, ist von höchster Wichtigkeit für den Befreiungskampf aller gegen Lohn und Gehalt frommenden Frauen und Männer. Ein proletarischer Sieg in Berlin am 16. Oktober wird zur unumwiderrlichen Triebkraft für andere proletarische Siege, nicht nur bei Stadtverordnetenwahlen. Längst könnte und müßte der Einfluß des Proletariats auf die Gemeindevverwaltungen ein weit größerer sein, als er tatsächlich ist. Ihn zu erlangen, hinderte früher das Wahlrecht; die Revolution brachte aber das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen. Wer, aus welchem nützigen Grunde immer, keinen Gebrauch davon macht, ist nicht wert, daß er dieses wichtige politische Recht besitzt. Der Nichtwähler ermuntert alle Reaktionsäre, es zu befeichtigen.

In den Städten über 50 000 Einwohner bilden meistens die Arbeiter die Mehrheit der Bevölkerung. Gleichwohl haben nach einer Aufzählung des Städtetages erst in 44 solchen Städten die sozialistischen Parteien die Mehrheit der Stadtverordnetenmandate in ihrem Besitz. Was es bedeutet, daß die Arbeiterschaft noch immer nicht weiß, was sie politisch zu tun hat, zeigt aufs deutlichste jede Tagung, wie die des Reichsstädtetages undes, die kürzlich in Dresden stattfand. Der sozialistische Einfluß war verschwindend gering und konnte deshalb nicht im mindesten hindern, daß die kommunale Bureaucratie vom alten Schläge in allem obenrauf war. Der sächsische Gemeindevertretertag wird hoffentlich bald zeigen, wie es in Wirklichkeit anders, nämlich besser und ehrenhafter für die Arbeiter sein kann.

Gemeinde und Staat unterscheiden sich wesentlich voneinander. Während der Staat in der bürgerlichen Gesellschaft überwiegend Herrschaftsinstrument zum Besten des kapitalistischen Profites ist, sind den Gemeinden die wichtigsten Kulturaufgaben überwiesen, die der Staat vernachlässigt. An der Lösung der vielfachen Kulturaufgaben ist aber keine andere Klasse so sehr interessiert als die Arbeiterklasse. Wie immer die kommunale Verwaltung später einmal organisiert werden mag, gegenwärtig ruht sie auf demokratischer Grundlage. Das bedeutet, daß die Arbeiter den stärksten Einfluß auf sie erlangen können. Nicht nur zum Besten der Hebung ihrer Lebenslage, sondern auch im Gegensatz zum Staat. Schon vor über 20 Jahren

